

22.04.2009

## Endzeitstimmung in der Energiepolitik

### Bundesregierung offenbart Ratlosigkeit bei CCS und Energieeffizienz

Diese Bundesregierung hat keine Antworten auf die Zukunftsfragen der Energieversorgung und des Klimaschutzes. Ihr Bericht im Umweltausschuss zu den Gesetzesvorhaben für CCS und Energieeffizienz zeigte das ganze Ausmaß an Flickschusterei.

Zwei zentrale energiepolitische Gesetzesvorhaben standen heute im Mittelpunkt des von den Grünen beantragten Regierungsberichts im Umweltausschuss. Das Gesetz zur CCS-Technik, also der Abscheidung und Lagerung des Klimagases CO<sub>2</sub>, und das Energieeffizienzgesetz. Beide Vorhaben sorgen seit Wochen für Streit in der Koalition und wurden ein ums andere Mal vertagt.

Zu einem CCS-Gesetz hat sich die Koalition inzwischen durchringen können, die Zukunft des Energieeffizienzgesetzes ist weiterhin ungewiss – obwohl das Gesetz bereits seit eine Jahr überfällig ist und eine EU-Strafe droht.

### CCS-Gesetzentwurf ist ein Torso

Noch am Abend des 24. März 2009 hatten Umwelt- und Wirtschaftsministerium an einem gemeinsamen Gesetzesentwurf gesessen, um dann doch ohne klares Ergebnis auseinander zu gehen. Unüberbrückbar war die Frage, ob bei der Genehmigung von CO<sub>2</sub>-Speichern künftig der Stand der Technik ausreicht, oder aber auch der wissenschaftliche Erkenntnisstand herangezogen werden muss. Ein Detail nur, aber eines, an dem sich die ganze Misere des CCS-Themas zeigt. Denn CCS ist ein vages Versprechen mit vielen Unbekannten. Was getan werden muss, um die unterirdischen Lager über 1.000 Jahre dicht zu halten und ob das überhaupt möglich ist, kann niemand sagen. Trotzdem wird in aller Eile ein Rechtsrahmen geschaffen, mit dem mindestens drei CCS-Pilotprojekte in Hürth, Jänschwalde und Wilhelmshaven realisiert werden können.

Keinen Hehl machten die Regierungsvertreter und die Koalitionäre von Union und SPD, dass die Erschließung von EU-Fördermittel der Hauptgrund für die Eile ist. Die Energiekonzerne brauchen das CCS-Gesetz, um zügig EU-Subventionen in Anspruch nehmen zu können. Brüssel hat insgesamt bis zu zehn Milliarden Euro für die Erprobung der CCS-Technik in Aussicht gestellt.

Diese Eile geht klar zu Lasten der Sorgfalt: Denn trotz wochenlanger Diskussion sind grundlegende Fragen im Gesetzentwurf ungeklärt: Wird es überhaupt einen Markt für die CCS-Technik geben? Wie soll das erforderliche Netz an Transport-Pipelines aussehen und wer entscheidet über den Bau und die Nutzungsentgelte? Wie werden konkurrierende Nutzungen wie die Erdwärmemutzung oder die Anlage von Gas- und Druckluftspeicher in den CCS-Gebieten rechtlich geschützt? Welche Sicherheitsanforderungen müssen Pipelines und Lagerstätten erfüllen und wie sieht die Kontrolle aus? Klare Antworten auf diese zentralen Fragen blieb die Bundesregierung schuldig.

Einigkeit wurde lediglich in einem Punkt erzielt: Die Haftung für Umwelt- und Gesundheitsschäden sollen 30 Jahre nach Schließung des CO<sub>2</sub>-Speichers an den Staat übertragen werden. Wie schon beim Atommüll werden also auch die Risiken der CCS-Technik den Steuerzahlern aufgebürdet.

Wir Grüne fordern einen strengen gesetzlichen Rahmen für die Erprobung der CCS-Technik und haben dies in einem Positionspapier konkretisiert. Es darf keine Privilegierung für CCS-Projekte geben, sondern die Erforschung und Erschließung von Lagerstätten muss ebenso wie der Bau höchsten Sicherheitsanforderungen genügen, und die Öffentlichkeit muss von Beginn an bei allen

Planungsschritten beteiligt werden. Die Bundesregierung ist von diesem Anspruch meilenweit entfernt. Sie hat heute deutlich gemacht, dass ihr beim CCS die Interessen der Energiekonzerne weit wichtiger sind als klare Regeln für Sicherheits- und Haftungsfragen.

## Energieeffizienz bleibt fünftes Rad

Während die Bundesregierung beim CCS-Gesetz in Hektik verfällt, verschlägt sie bei der Energieeffizienz sämtliche Termine. Bereits im Mai 2008 hätte ein Effizienzgesetz entsprechend einer EU-Richtlinie vorliegen müssen, bis heute aber streitet die Koalition über den Gesetzentwurf. Inzwischen zeichnet sich der kleinste gemeinsame Nenner ab. Und der lässt erahnen, dass erneut eine Chance vertan wird, Effizienz voranzubringen, Energiekosten zu senken und neue Arbeitsplätze durch Energiedienstleistungen zu schaffen.

Es wird weder ein klares Ziel für die Energieeinsparung geben, noch eine Verpflichtung für Energieversorger ihren Energieabsatz schrittweise zu reduzieren. Und auch Gewerbe und Industrie werden lediglich freiwillige Maßnahmen zur Energieeinsparung ergreifen müssen. Einziger Fortschritt: Es soll einen Effizienz-Fonds geben. Doch wer darin einzahlt und was daraus finanziert werden wird, ist völlig unklar.

Der schlafende Riese Energieeinsparung darf unter dieser Bundesregierung also weiter schnarchen – zu Lasten des Klimaschutzes, zu Lasten der Verbraucher und zu Lasten von Wirtschaft und Arbeitsplätzen.

Bündnis 90 / Die Grünen fordern ein Effizienzgesetz, das diesen Namen verdient. Dazu muss der Gesetzentwurf entscheidend nachgebessert werden. Wir wollen

- einen festen Zielwert für die Energiesparung,
- einen Mindesteffizienzgrad für neue fossile Kraftwerke von 58 Prozent,
- die Einrichtung eines Energiesparfonds in Höhe von drei Milliarden Euro aus dem insbesondere Programme zur Energieeinsparung in Wohngebieten mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte finanziert werden,
- eine Verpflichtung zur Energieeinsparung von einem Prozent pro Jahr für Energieversorger. Kann die Quote nicht nachgewiesen werden, muss das Unternehmen eine Ersatzabgabe an den Energiesparfonds abführen,
- eine Pflicht zur Durchführung von Energie-Audits in energieintensiven Betrieben,
- die Aufnahme von Contracting-Maßnahmen und Schaffung von Marktanreizen im Gesetz,
- die Ausweitung der Informationspflichten auf den Einsatz erneuerbarer Energien, d. h. Beratungsadressen, Internet-Seiten, Infos zu Fördermöglichkeiten etc.
- Ausweitung der Informationspflicht auf die Angabe von Verbrauchs-Vergleichswerte auf den Energierechnungen sowie
- klare Sanktionen für Unternehmen, die ihren Pflichten nicht nachkommen.

## Mehr zum Thema

Klare Regelungen für CCS-Technik

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dok/273/273168@de.html>)

Nachhaltig investieren (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dok/263/263357@de.html>)

## Fraktionsbeschluss

Klare Regelungen für CCS-Technik

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/273/273198@de.pdf>)

Fraktionsbeschluss: CCS-Technik  
(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/273/273198@de.pdf>)